

Allgemeine Leistungsbeschreibung / Besondere Vertragsbedingungen

Löschgruppenfahrzeug Typ HLF 20

Allgemeine Leistungsbeschreibung

1. Für die Feuerwehr der Stadt Ahlen (Auftraggeber), soll ein Löschgruppenfahrzeug Typ HLF 20 nach DIN 14530-27:2019-11 in Verbindung mit EN 1846 Teil 1-3 beschafft werden.

Der Auftrag wird in folgende Lose aufgeteilt:

Los 1: Fahrgestell + Um/Ausbau

2. Aus den vorgelegten Angebotsunterlagen muss eindeutig erkennbar sein, dass die in der Leistungsbeschreibung/Leistungsverzeichnis dargestellten Anforderungen erfüllt werden. Unvollständige Angebotsunterlagen können nicht berücksichtigt werden.

Vorbemerkungen

Pos.

- 1.1 Die Gerätschaften müssen zum Zeitpunkt der Auslieferung, dem neuesten Stand der Technik, anerkannten Regeln der Technik, Vorschriften über elektrische Anlagen (VDE-/DIN-Normen), den UVV und allen mit geltenden weiteren Regeln, Vorschriften, Normen u. gesetzlichen Bestimmungen entsprechen.
- 1.2 Änderungen, die sich aus der Projektrealisierung oder aufgrund fehlender Zulieferungen ergeben, sind dem Auftraggeber unverzüglich bekanntzumachen.

Die Gewährleistungsfristen, Gewährleistungsumfang und Bedienungsanleitungen sind anzugeben, bzw. den Gerätschaften beizufügen.

Besondere Vertragsbedingungen

- 1.1 Alle im Laufe der Projektrealisierung zwischen dem Auftragnehmer und Auftraggeber abgestimmten Detailplanungen und ggf. notwendigen Änderungen zur Leistungsbeschreibung müssen vom Auftragnehmer schriftlich festgehalten und dem Auftraggeber kurzfristig zugeleitet werden. Alle Änderungen in dieser Leistungsbeschreibung bedürfen vor Ausführung der schriftlichen Bestätigung durch den Auftraggeber (die mündliche Zustimmung des Auftraggebers reicht nicht aus).
- 1.2 Sollten notwendige Besprechungen, Rohbauabnahmen o.ä. am Ort des Auftragnehmers nötig sein, gehen die Kosten hierfür zu Lasten des Auftragnehmers. Liegt der Ort des Auftragnehmers mehr als 200 km vom Ort des Auftraggebers entfernt muss für die Abnahmekommission (max. 2 Pers.) eine entsprechende Unterkunft für eine Übernachtung zur Verfügung stehen. Liegt der Produktionsstandort weiter als 500 km Luftlinie entfernt, ist aus Zeitgründen die Anreise des Personenkreises mit der Bahn, oder dem Flugzeug bzw. in Kombination zu berücksichtigen. Die Kosten hierfür gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

Alle Kosten zur Beseitigung der bei der Abnahme festgestellten Mängel gehen uneingeschränkt zu Lasten des Auftragnehmers. Der Termin zur Gebrauchsabnahme ist rechtzeitig (mind. eine Woche vorher) zwischen dem Auftragnehmer und Auftraggeber abzustimmen.

- 1.3 Die Gerätschaften müssen bei Übergabe mängelfrei sein. Mängel, die bei der Abholung/Lieferung nicht festgestellt wurden, müssen vom Auftragnehmer auch zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Gewährleistung kostenlos beseitigt werden, d.h., ggf. sind Gerätschaften bei der Feuerwehr Ahlen abzuholen und nach der Mängelbehebung wieder anzuliefern (die entstehenden Kosten sind durch den Auftragnehmer zu tragen).
- 1.4 Vom Auftragnehmer dürfen keine Beschriftungen, Symbole oder dergl. für Werbezwecke an fest installierten Geräten angebracht bzw. aufgebracht werden.
- 1.5 Auf evtl. notwendige Ausnahmegenehmigungen ist bei Angebotsabgabe schriftlich hinzuweisen. Ausnahmegenehmigung(en), auf die nicht hingewiesen wurde, sind durch den Auftragnehmer beizubringen. Ebenso sind seitens des Auftragnehmers zu vertretende Ausnahmegenehmigungen durch diesen beizubringen. Evtl. entstehende Kosten gehen dann zu seinen Lasten.
- 1.6 Der Hersteller übernimmt die volle Produkthaftung gem. den gesetzlichen Bestimmungen.
- 1.7 Angebotspreise sind Festpreise für den Ausführungszeitraum und müssen sämtliche Nebenkosten enthalten. Mehr- oder Minderaufwendungen des Auftragnehmers durch Stoffpreisänderungen werden gemäß der Stoffpreisgleitklausel im Formblatt 225 zugelassen.
- 1.8 Der Zuschlag erfolgt auf das wirtschaftlichste Angebot lt. § 58VgV.
Zuschlagskriterien sind neben dem Preis die technische Bewertung, Umweltaspekte, Liefertermin sowie die Garantie- und Serviceleistungen.
- 1.9 Die Angebote sind ausschließlich auf den beigegeführten Formularen der Leistungsbeschreibung abzugeben. Nebenangebote können mit Mehrpreis-/Minderpreisangaben auf separaten Angebotsblättern abgegeben werden.
- 1.10 Alle nicht ausführbaren Forderungen sind deutlich kenntlich zu machen.

Werden Forderungen in der Auftragsbestätigung anerkannt, so sind sie ohne jeden Abstrich auszuführen. Werden Forderungen trotz Bestätigung endgültig nicht ausgeführt, kann der Gesamtauftrag zurückgezogen werden.
Allen ausführbaren Forderungen sind eindeutige Kosten zuzuordnen oder der Betrag ist im Grundpreis enthalten.
- 1.11 Eine Auftragskürzung bleibt vorbehalten.
- 1.12 Die allgemeine Leistungsbeschreibung / Besondere Vertragsbedingungen sind bei Auftragserteilung verbindlicher Bestandteil des Auftrages und müssen durch rechtsverbindliche Unterschrift anerkannt werden.
- 1.13 Kommt/kommen der/die Auftragnehmer mit den Vertragsfristen in Verzug, hat/haben er/sie für jeden Werktag der Verspätung 0,3 % der Abrechnungssumme, maximal jedoch 5 % des Rechnungsbetrages inkl. Umsatzsteuer, an den Auftraggeber zu zahlen.
- 1.14 Weist die erbrachte Leistung Mängel auf, so kann der Auftraggeber kurzfristige Vertragserfüllung durch Nachbesserung verlangen.

Nachbesserungen haben unverzüglich nach den technischen Erfordernissen durch Ersatz oder Instandsetzung fehlerhafter Teile ohne Berechnung der hierzu notwendigen Lohn-

/Material-, Fracht- und Überführungskosten zu erfolgen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Teile, die er durch andere ersetzt, zu seinen Lasten zurückzunehmen.

Werden durch die Nachbesserung zusätzlich vom Hersteller vorgeschriebene Wartungsarbeiten erforderlich, müssen auch diese Kosten einschl. der anfallenden Kosten für die benötigten Materialien, Betriebs- und Verbrauchsmittel (z.B. Schmierstoffe) vom Auftragnehmer getragen werden.

1.15 Die genannten Gewährleistungsansprüche verjähren frühestens nach 12 Monaten ab der schriftlichen Mitteilung des Mangels.

1.16 Wesentliche Anforderungen für Nebenangebote/geeignete Vorführfahrzeuge sind:
Hier sind elementare Leistungsmerkmale, die sich auf die o.g. Norm beziehen, verpflichtend einzuhalten. Desweiteren muss die feuerwehrtechnische Beladung exakt dem einsatztaktischen Wert der Beladung in Los2 entsprechen.

1.17 Wettbewerbsklausel

Bei Abgabe von Angeboten, die auf wettbewerbsbeschränkenden Absprachen im Sinne von § 298 StGB beruhen oder bei Beteiligung an unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), insbesondere eine Vereinbarung mit Dritten über die Angabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über zu fordernde Preise, über die Einrichtung einer Ausfallentschädigung (Gewinnbeteiligung oder sonstige Angaben) und über die Feststellung von Preisempfehlungen, hat der AN (Auftragnehmer) unbeschadet des Nachweises eines höheren Schadens 15% der Nettoauftragssumme an den AG (Auftraggeber) zu zahlen. Dem AN bleibt nachgelassen, einen Schaden in geringerer Höhe zu belegen.

Dasselbe gilt für den Fall, dass im Zusammenhang mit der Planung, Vergabe und Abwicklung eines Auftrages nachweislich unzulässige Vorteile (§ 299, 333, 334 StGB) an Mitarbeiter oder Beauftragte des AG gewährt worden sind.

In den vorgenannten Fällen ist der AG zum Rücktritt aus wichtigem Grund berechtigt. Der AN hat dem AG alle Schäden zu ersetzen, die unmittelbar durch den Rücktritt von dem Vertrag entstehen.

Die Verpflichtung zur Zahlung der Pauschale gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist.

Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des AG bleiben unberührt.

1.18 Preisgleitklausel

- Zu dem im Angebot angegebenen Angebotspreis für das Fahrgestell und dem ebenfalls im Angebot anzugebenden Angebotspreis für den Auf-/Aus-/Umbau werden von dem Auftraggeber der jeweilige Preisindex der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte GP 579 29 10 41 (Lastkraftwagen mit Selbstzündung) und GP 582 29 2 (Karosserien, Aufbauten und Anhänger) des Statistischen Bundesamtes zum Zeitpunkt der Vergabe ermittelt und festgehalten.
- Anhand der Preisindizes festzustellende Kostenänderungen führen zu einer Anpassung des zu zahlenden Preises zu dem unten beschriebenen Zeitpunkt, sofern die Preisänderung mehr als fünf Prozent (5 von Hundert) des Angebotspreises beträgt.
- Nach der Lieferung des Fahrgestells an den Aufbauhersteller und Abnahme durch den Auftraggeber wird anhand GP 579 29 10 41 (Lastkraftwagen mit Selbstzündung) der für das Fahrgestell zu zahlende Preis ermittelt und beglichen. Das heißt, weicht der Preisindex zum Zeitpunkt der Abnahme/Meldung/Auslieferung um mehr als fünf Prozent von dem zum Zeitpunkt der Vergabe festgehaltenen Indexwert ab, wird der Angebotspreis um die Differenz in Prozent erhöht oder abgesenkt. Als

Sicherheit für den Auftraggeber dient – je nach Festlegung – eine selbstschuldnerische Bankbürgschaft oder die Zulassungsbescheinigung Teil 2 (Fahrzeugbrief) des Fahrgestells.

- Nach dem Gefahrenübergang wird anhand GP 582 29 2 (Karosserien, Aufbauten und Anhänger) analog der Regelung für das Fahrgestell der für den Aufbau zu zahlende Preis ermittelt.

Die Abschnitte Allgemeine Leistungsbeschreibung / Besondere Vertragsbedingungen wurden gelesen und hiermit anerkannt.